

Denk-Anstöße 2002

Interessantes, Merkwürdiges und Nachdenkliches, gesammelt von Dietrich W. Thielenhaus

Ausgabe Januar 2002

Reformen im Wahljahr?

Die Frage, ob und inwieweit die wirtschaftlich relevanten Strukturen in Deutschland überhaupt noch den objektiven Veränderungen und Notwendigkeiten angepasst werden können (und sollen), hängt wie ein Damoklesschwert über der Zukunft des Landes. Wahltaktisch motivierte Untätigkeit verhindert vermeintlich unpopuläre Entscheidungen. Das gilt für die gegenwärtige Bundesregierung wie für die Vorgänger-Administration. Offenkundig hängt Reformverweigerung auch zusammen mit den persönlichen Interessen der (nicht) handelnden Personen. 85% der SPD-Bundestagsabgeordneten sind Gewerkschaftsmitglieder. Nur 6% aller Mandatsträger bezeichnen sich als Unternehmer, dagegen gehören über 47% als Beamte oder Angestellte dem öffentlichen Dienst an. Kein Wunder also, wenn die normative Kraft des Faktischen eher in Richtung Besitzstandswahrung tendiert. Die internationale Wettbewerbsfähigkeit gerät gerade im Wahljahr weiter unter die Räder.

Unsozial

Das oft zitierte soziale Netz, das für viele missbräuchliche Nutzer längst zur sozialen Hängematte denaturiert ist, steht vor der Zerreißprobe. Im Jahr 2000 sind über 1.191 Mrd. DM als direkte Sozialleistungen ausgeschüttet worden. Für Arbeitsmarktleistungen wurden 127 Mrd. DM ausgegeben. Dass den 3,8 Mio. gemeldeten Arbeitslosen allein vom Mittelstand 900.000 offene Stellen angeboten werden, scheint niemanden zu interessieren. Hat die Tatsache, dass sich die Zahl der Ausländer in den letzten 30 Jahren verdoppelt hat, während die Zahl der regulär beschäftigten Ausländer um 19% zurückgegangen ist, wirklich nichts mit Sozialmissbrauch zu tun? Roman Herzog hat Recht, wenn er feststellt, dass zuviel Sozialstaat letztlich unsozial sei, zumindest für die große Mehrheit derjenigen, die sich an die Spielregeln halten.

Frost im Herbst

Als frostigstes Herbst-Geschäftsklima seit zwei Jahrzehnten hat die Handwerkskammer Düsseldorf die aktuelle Entwicklung umschrieben. Seit Frühjahr seien die Aufträge um 48% zurückgegangen. Und der Handwerkspräsident geht für 2001 von bundesweit 200.000 verlorenen Arbeitsplätzen aus. Existentielle Strukturkrise oder nur eine Wachstumsdelle als Folge des US-Konjunktur?

Ungebührlich

"Schon GEZahlt?" Die Gebühreneinzugszentrale der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten fällt zunehmend unangenehm auf durch pseudo-staatsanwaltliche Attitüden bei unangemeldeten (Kontroll-)Hausbesuchen. Außerdem muss die Frage erlaubt sein, ob die Qualität vieler Sendungen nicht eher schadenersatz- als gebührenpflichtig ist.

Marketing vorn

Interessante Ergebnisse einer Befragung mittelständischer Unternehmer hat kürzlich das Magazin "Impulse" veröffentlicht. Dabei wurden auch die Prioritäten bei Maßnahmen zur Zukunftssicherung eruiert: Mit deutlichem Abstand rangieren Marketing-Investitionen auf Platz 1 vor Rationalisierung und Vertriebsausbau. Die Erfahrung zeigt: Gerade in konjunkturellen Flauten stellen antizyklisch agierende Unternehmen die Weichen für künftige Marktanteilsgewinne.

Mehr als nur Thesen

Mitte der 90er Jahre hat der SHK-Fachverband NRW bei einer "Kooperations-tagung Industrie/Handel/Handwerk" fünf bemerkenswerte Thesen formuliert, die in puncto Wahrheit und Klarheit unverändert aktuell sind. Bei der jetzigen Lektüre drängt sich allerdings die Frage auf, was seither konkret zur Problemlösung geschehen ist.

Es ist historisch einzigartig, dass einem Volk gegen seinen Willen eine funktionierende Währung genommen wird. Im Jahr 2000 hat Deutschland mit 9,3 Mrd. € mehr in die EU-Kassen gezahlt als die übrigen sieben Nettozahler Großbritannien, Niederlande, Frankreich, Schweden, Österreich, Belgien und Luxemburg zusammen. Wie wird sich die Tatsache, dass wir in puncto Wirtschaftswachstum inzwischen EU-Schlusslicht sind, auf den künftigen Finanzierungsschlüssel auswirken?

Selbständigkeit

Die bemerkenswerte Studie "Global Entrepreneurship Monitor" hat weltweit die Rahmenbedingungen für Unternehmensneugründungen untersucht. Bei der Gründerquote rangiert Deutschland auf dem 22. Platz von insgesamt 29 einbezogenen Industrienationen. Könnte auch dieses Ergebnis etwas zu tun haben mit Wettbewerbsfähigkeit?

Ausgabe Februar 2002

Über die Verhältnisse

Die offiziellen Beschwichtigungsversuche der Bundesregierung können nicht davon ablenken, dass das Finanzierungsdefizit der öffentlichen Haushalte von Januar bis September 2001 gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 23 Mrd. auf 97,3 Mrd. DM angewachsen ist. Die öffentliche Gesamtverschuldung hat 2,3 Billionen DM erreicht. Trotz eines Rückgangs der Einnahmen um 6,7 % sind die Ausgaben um 2,2 % gestiegen. Zunehmend dramatisch entwickelt sich die Finanzlage bei den Ländern und Gemeinden. Vielerorts droht Überschuldung. Sparen hieße die Devise. Doch welcher Volksvertreter, der wiedergewählt werden will, hat den Mut zu unpopulären Entscheidungen?

Schlußlicht

Nur knapp schrammt Deutschland 2001 und 2002 an der im Maastricht-Vertrag zur Währungsunion festgeschriebenen Defizitgrenze von 3 % des BIP vorbei, obwohl Steuern und Abgaben zwischen 1999 und 2002 neue Höchstwerte erreichen. Das Ziel, 2004 erstmals für den Gesamtetat von Bund, Ländern, Gemeinden und Sozialkassen schwarze Zahlen zu schreiben, wurde vom Bundesfinanzminister - zunächst - auf 2006 verschoben. Kein anderes EU-Land ist derzeit so weit von einem ausgeglichenen Haushalt entfernt.

Die Düsseldorfer Polizei verweist anzeigewillige Opfer von Bedrohungen, Beleidigungen und leichten Körperverletzungen seit kurzem routinemäßig per Flugblatt auf die Dienste des Schiedsmannes. Um keine falschen Hoffnungen aufkommen zu lassen, wird dem Bürger mitgeteilt, dass die Staatsanwaltschaft in solchen Fällen "regelmäßig" keine Klage erhebe. Das grenzt an einen rechtsstaatlichen Offenbarungseid. Warum wird dieses Arbeitsvermeidungsprogramm nicht im Bereich der Krankenhäuser durch die Verteilung von Gebrauchsanleitungen zur Selbstbehandlung an Unfallopfer ergänzt?

Meinungsbildung

Zielgruppengerechte Empfehlung aus dem Karriere-Leitfaden für omnipräsente und -potente Nachwuchspolitiker: "Woher soll ich wissen, was ich denke, wenn ich noch nicht gehört habe, was ich sage."

Neues von der Wetterkarte

Der liebe Gott hat die Konjunkturforscher geschaffen, damit die Meteorologen besser dastehen. Dieses alte Bonmot ist gerade im letzten Jahr neu belebt worden: Wachstums-Voraussagen waren oft schon zum Zeitpunkt der Veröffentlichung überholt. Das Spiel scheint sich 2002 fortzusetzen. Die Bandbreite der diesjährig prognostizierten BIP-Steigerung reicht von 0,3 % bis 1,25 %. Es ist sicherlich Zufall, dass die größten Hoffnungen von der Bundesregierung artikuliert werden.

Berliner Aufbruch

Die SPD/PDS-Koalition in Berlin wirft in mehrfacher Hinsicht grundsätzliche Fragen nach dem Stellenwert von Moral in der Politik auf. Einiges spricht dafür, dass Wowereit in Sachen Ampelkoalition nur taktische Scheinverhandlungen geführt hat. Der "Spiegel" berichtet, dass die PDS in den Wirren der Wendezeit über 3 Mrd. Ostmark zur Seite geschafft hat. Wo bleibt der im Fall Kohl schnellstens installierte Untersuchungsausschuß? Und: Der Immunitätsausschuß des Bundestags hat schon 1998 eine Stasi-Tätigkeit von Gysi als erwiesen festgestellt. Walter Sickert (82), ehemaliger Vorsitzender des Abgeordnetenhauses und des DGB in Berlin, hat angesichts der auch historisch instinktlosen Koalition nach 54-jähriger Mit-

Auch beim prognostizierten Wirtschaftswachstum rangiert Deutschland auf dem letzten Platz in Europa.

Reformstau

Das Vertrauen in die Reformfähigkeit deutscher Politik hält sich bei deutschen Spitzenmanagern und selbst bei führenden Politikern in engen Grenzen. Das hat eine kürzlich durchgeführte Prognos-Befragung ergeben. Obwohl die Flexibilisierung und Deregulierung des Arbeitsmarktes allgemein als überfällig angesehen werden, läßt die politische Realität kaum wirksame Ansätze zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit erkennen. Gerhard Schröder hat im Wahlkampf 1998 gesagt: "Wenn wir es nicht schaffen, die Arbeitslosigkeit drastisch zu senken, dann haben wir es nicht verdient, weiter zu regieren." Damals gab es offiziell vier Millionen Erwerbslose, heute auch. Übrigens: 2001 haben 500.000 Menschen ihre Arbeitsplätze durch Unternehmenspleiten verloren.

Geduldeter Sozialmißbrauch

Nur 51 % der Arbeitslosen bemühen sich "mit hoher Aktivität" um eine Stelle, 30 % tun dagegen alles, um einen neuen Job zu vermeiden. Zu diesen für Unternehmenspraktiker nicht überraschenden Erkenntnissen kommt eine Infas-Studie, die die Bundesanstalt für Arbeit seit Frühjahr 2001 unter Verschluss hält. Der "Spiegel" merkt dazu an: "Vielen der knapp 1,1 Mio. Schein-Arbeitslosen geht es glänzend." Wer als Staat de facto zum sozialen Mißbrauch einlädt, darf sich nicht wundern, wenn davon Gebrauch gemacht wird.

Ausgabe März 2002

Blauer Brief

Aus EU-Sicht hat sich Deutschland in wenigen Jahren vom Musterschüler zum Nachsitzer entwickelt. Angesichts der drohenden Annäherung der Defizitquote an die 3%-Grenze sind drastische Sparmaßnahmen unvermeidlich. Oder wie es jüngst ein Kommunalpolitiker stilbildend formulierte: "Es ist höchste Zeit, zusätzliche Kostenreduzierungspotentiale im öffentlichen Sektor zu generieren." Verschärft wird das Finanz-Desaster durch die Unternehmenssteuerreform, die u.a. zu milliardenschweren Steuererstattungen an Großkonzerne geführt hat. In NRW hat sich die Neuverschuldung innerhalb weniger Monate fast verdoppelt. Ansonsten

gliedschaft sein SPD-Parteibuch zurückgegeben mit dem Kommentar: "Der Schritt war notwendig, um meine Seele zu entlasten."

Dichter und Denker

Zu einer katastrophalen Bewertung des deutschen Bildungssystems hat die weltweite Lernleistungsstudie Pisa der OECD geführt. Beim Lesen belegten die beteiligten deutschen Schüler im Alter von 15 Jahren Platz 21 (von 32), in Mathematik und Naturwissenschaften Rang 20. Ein Berliner Bildungsforscher dazu: "Der Mythos der Dichter und Denker ist Teil der Folklore, mit der wir uns eingeredet haben, unser Bildungssystem sei hervorragend." Die Kultusminister der Länder, denen die Misere seit langem bekannt sein mußte, verfallen nun in operative Hektik, um ihre funktionale Existenzberechtigung nachzuweisen. Fest steht: Mit der "Dummheit" unserer Schüler hat dieses bislang allseits unterschätzte Standortproblem nichts zu tun.

Geld und andere Werte

Von Benjamin Franklin stammt folgendes Zitat: "Wer der Meinung ist, dass man für Geld alles haben kann, gerät leicht in den Verdacht, dass er für Geld alles zu tun bereit ist".

Büchenspanner und Minenhunde

Gäbe es jetzt Bundestagswahlen, so wäre die rot-grüne Mehrheit verloren. Die PDS gewinnt dadurch als Option für die Büchenspanner der Bundesregierung ganz neue Bedeutung. Mit Versuchsballons wird getestet, ob die breite Öffentlichkeit bereit ist, auch diese Kröte zu schlucken. Wenn sich die grüne Fraktionsvorsitzende wie ein Minenhund auf ungesichertem Gelände bewegt, muss es erhebliche existentielle Sorgen geben. Die FDP kommentiert: "Rot-Grün zimmert sich mit der PDS ein Reserverad." Ritualisiert erfolgt das übliche Dementi von Müntefering.

Wettbewerbsfähigkeit

gute Stimmung auf der Titanic.

Zwischenbilanz

"In fast allen ökonomischen Disziplinen und gesellschaftlichen Kriterien dampft die einstige wirtschaftswunderliche Konjunktur- und Innovationslokomotive abgeschlagen hinterher - ungeniert und unverdrossen. Nur bei Negativkategorien wie Staatsverschuldung, Arbeitslosigkeit und Überregulierung sind wir konkurrenzlos - vom Chaos unseres gespenstisch komplizierten Steuersystems ganz abgesehen." Dieser Zwischenbilanz von "Capital"- Herausgeber Werner Funk ist nichts hinzuzufügen.

Noch zu gut?

Es gehe Deutschland immer noch viel zu gut, um schmerzliche Reformen anzugehen, meint der Chefvolkswirt eines großen Versicherungskonzernes. Langfristig bestehe jedoch die Gefahr, dass die wirtschaftliche Stärke Deutschlands kippen werde. Ohne Reformen im Wirtschaftssystem sei unser hoher Lebensstandard nicht haltbar. Doch solange die Lobby der Verlierer einer Strukturreform noch so stark sei, habe Veränderung keine Chance.

Wahlhilfe

Grundsätzlich ist es sicherlich erfreulich, wenn sich die Politik für notleidende Unternehmen einsetzt. Doch im Einzelfall muss die Frage nach Motiven und Methoden erlaubt sein. Die "Rettung" des Waggonbauwerks Halle-Ammendorf setzt neue Maßstäbe bei Machterhaltungsstrategien. Da wird die Bombardier-Zustimmung zur (einstweiligen) Fortführung des Standorts durch der Bundesbahn abgepresste Waggonaufträge teuer erkaufte. (Ein IG-Metall-Sprecher: "Der Kanzler hat die Bahn geprügelt.") Einen Zusammenhang dieser Schröder-Initiative mit der bevorstehenden Landtagswahl in Sachsen-Anhalt und der Bundestagswahl zu vermuten, wäre zweifellos abwegig. Dass solch populistische und ordnungspolitisch äußerst fragwürdige Eingriffe nur begrenzte Stroheffekte haben, zeigt die nach wie vor bestehende Schiefelage bei Holzmann.

Ausgabe April 2002

Überregulierung

Allein im vergangenen Jahr sind 138 neue Gesetze und 286 Verordnungen des Bundes

Der Anteil der deutschen Wirtschaft am Weltmarkt ist seit 1991 von 11,4% auf 8,7% gesunken. Gleichwohl rangiert die Bundesrepublik unter 27 OECD-Ländern in puncto Innovationsintensität - hinter Japan, den USA und Schweden - noch auf Platz 4. Vergleicht man dagegen die staatlichen Eingriffe und bürokratischen Vorschriften, so rutscht Deutschland auf Rang 11 ab. Nachdenklich stimmt auch die demografische Entwicklung hierzulande: Bei einem Vergleich des Bevölkerungswachstums unter den 15 EU-Ländern hatte Deutschland 2001 die niedrigsten Geburtenraten zu verzeichnen.

Zeit der Macher

Die Zeit der Selbstdarsteller auf oberster Polit-Ebene geht zuende, meint die "Wirtschaftswoche" mit Blick auf Akteure wie Gerhard Schröder und Bill Clinton. Angesichts der komplexen politischen und wirtschaftlichen Herausforderung seien jetzt kompetente Macher gefragt.

Stellenwert

Schon in der 16-jährigen Kohl-Ära hatte das frühere Primat der volkswirtschaftlichen Zukunftsgestaltung zunehmend an Bedeutung verloren. Allgegenwärtige Dampfplauderer wie Blüm und Geißler bestimmten die argumentative Lufthöhe in Talkshows und ähnlich hilfreichen Veranstaltungen. Wie weit sich die Partei Ludwig Erhards von ihren Ursprüngen entfernt hat, zeigt sich nicht zuletzt an der Tatsache, dass es in der heutigen CDU-Führungsebene keinen anerkannten Marktwirtschaftler mit bundesweitem Format mehr gibt.

Bedrohte Arten

Auf der "Liste der bedrohten Arten" sieht ein einflussreicher Insider der amtierenden Bundesregierung einige "Reichsverweser im Ministerrang", die nur wahltaktisches Kalkül davor schütze, in die Wüste expediert zu werden. Zumindest die sprachliche Eleganz bereitet Freude.

Singles vorn

Die klassische Familie wird in Deutschland zum Auslaufmodell. In nur noch 26,7 % der

im Bundesgesetzblatt veröffentlicht worden. Außerdem haben 684 Verordnungen der EU hierzulande unmittelbare Rechtswirksamkeit erlangt. Die staatliche Regulierungswut ist ungebrochen.

Nicht einsatzbereit

Deutschland bleibt zunehmend hinter selbst gesetzten und ohnehin nicht sonderlich eindrucksvollen Standards zurück. Ob Neuverschuldung, Arbeitslosigkeit oder Ausbildungsniveau, die Politik setzt nicht auf Leistungserhöhung, sondern auf Reduzierung der Ansprüche. Aktuelles Beispiel: Damit der Nato nicht schon bald ganze Luftwaffengeschwader wegen Unterschreitung der vorgesehenen Flugzeiten infolge von Treibstoff- und Ersatzteilmangel als nicht einsatzbereit gemeldet werden müssen, denken Ministerialbürokraten über eine Senkung der Leistungsanforderungen nach. Das manipulative Kurieren an Symptomen wird zur politischen Handlungsmaxime. Olaf Henkel zur Forderung, die schulische Nichtversetzung abzuschaffen: "Warum nicht gleich die Pisa-Studie mit abschaffen, dann sind wir wieder die Größten."

Wahrheit im Wahljahr

4,3 Mio. Arbeitslose mit hohem Arbeitsunwilligen-Anteil und 6 Mio. Schwarzarbeiter führen das Sozialsystem allmählich ad absurdum. Der designierte Präsident der Bundesanstalt für Arbeit: "Wer glaubt, er könne relativ großzügig bemessene Hilfen dauerhaft gewähren, ohne die Motivation der Empfänger zu beeinflussen, hängt einem illusionären Menschenbild nach." Wegen dieser an sich selbstverständlichen Anmerkung ist Gerster postwendend von Parteigenossen und Gewerkschaftern öffentlich abgewatscht worden. Im Wahljahr sind vermeintlich unpopuläre Wahrheiten unerwünscht. Deswegen will Müntefering derzeit auch nicht über unvermeidliche Einsparungen im Bundeshaushalt "losspekulieren".

Kranker Mann

Als wirtschaftlich "kranker Mann Europas" wird Deutschland immer häufiger von ausländischen Medien titulierte. Die Franzosen sprechen von maladie allemande. Die Regierungen von Großbritannien und Italien machen sich Sorgen, dass Deutschland die überfällige Liberalisierung in Europa bremse. Die Financial Times bezeichnet Deutschland als "Japan

Haushalte lebte 2000 eine Familie mit Kindern (1991: 32 %). Dagegen ist die Zahl der Single-Wohnungen von 33,6 % in 1991 auf 36,1 % in 2000 gestiegen. Auch die Quote der Ehepaare ohne Kinder ist gewachsen. Der Wohnungsbau muss sich auf neue Bedarfsstrukturen einstellen.

Am Tabellenende

Deutschland rangierte 2001 mit 4,1 Wohnungen pro 1000 Einwohnern bei der Neubautätigkeit auf dem viertletzten Platz unter den 15 EU-Ländern. Von den insgesamt 1,9 Mio. in Europa fertiggestellten Wohnungen fielen nur noch 18 % auf die Bundesrepublik. 1997 lag der Anteil noch bei fast 30 %. Für das laufende Jahr rechnet das Institut für Städtebau (Berlin) nur noch mit 300.000 neuen Wohneinheiten. Zu diesen Zahlen passt eine neue ifo-Studie, derzufolge das Geschäftsklima bei freischaffenden Hochbauarchitekten auf das niedrigste Niveau seit 15 Jahren eingebrochen ist. Eine Untersuchung der "Wohnungsfertigstellungen in Europa bis 2004" kann kostenfrei per Fax angefordert werden bei T&P (Fax 0202-970 10-50).

Auch Baumärkte unter Druck

Dem Einbruch der Baukonjunktur haben 2001 auch die Baumärkte mit rückläufigen Bestandszahlen Tribut zollen müssen. Auch das Flächenwachstum hat sich deutlich verringert. Aktuelle Informationen über die Branchenentwicklung und die Bedeutung von Sanitärprodukten für Baumärkte stehen kostenfrei zur Verfügung bei T&P (Fax 0202-970 10-50).

Marketing-Offensive

Als paradox bezeichnet Prof. Anton Meyer, Vorstand des Instituts für Marketing an der Universität München, die gegenwärtig oft zu beobachtende Abkehr vom offensiven Marketing. Meyer wörtlich: "Kontinuität, Glaubwürdigkeit, aber auch Mut sind gerade in schlechten Zeiten gefragt. Marketing schafft auch zentrale, langfristige Unternehmenswerte wie Kundenbeziehungen, Marken und motivierte Mitarbeiter." Als Fach-Lektüre empfiehlt sich das neue Buch "Offensives Marketing", erschienen im Haufe-Verlag.

Politische Innovation

Als Tiger gesprungen und als Bettvorleger gelandet ist die amtierende Bundesregierung in Sachen Innovation. Viel Neues und Interessantes wurde angekündigt. Doch das

Europas". Die Reformblockade bremst die Investitionstätigkeit ausländischer Unternehmen weiter ein. Und für die von der Bundesregierung gebetsmühlenartig artikulierte Hoffnung, im Sog der US-Konjunktur aus der Misere zu kommen, spricht derzeit nichts. Im Gegenteil: Creditreform rechnet für 2002 mit einem Anstieg der Pleitewelle auf 60.000 v.a. mittelständische Insolvenzen mit 550.000 zusätzlichen Arbeitslosen. Die Politik der ruhigen Hand verkommt zum Symbol der Untätigkeit und Reformfeindlichkeit.

Ausgabe Mai 2002

Pleitewelle

Auf Deutschland rollt eine historisch einzigartige Pleitewelle zu. Creditreform rechnet für 2002 mit 40.000 Firmeninsolvenzen, was im Vergleich zum Vorjahr einen Anstieg um etwa ein Viertel bedeuten würde. Topbankern zufolge verkörpern Dornier, Kirch und Herlitz nur die Spitze des Eisbergs. Existentiell betroffen ist die Bauwirtschaft. Holzmann und Mühl sorgen schon wegen ihrer Größe für Gesprächsstoff. Von den vielen mittleren und kleinen Unternehmen, die sich sang- und klanglos vom Markt verabschieden, spricht niemand.

Unerwünschte Wahrheit

Reformdefizite am Arbeitsmarkt sind Hauptursache "für das unterdurchschnittliche Wachstumspotential" in Deutschland. Zu diesem Fazit kommt die EU-Studie "Germany's Growth Performance in the 1990's". Um die Schlußlicht-Debatte nicht anzuzünden, will die Bundesregierung diese unwillkommene Analyse erst nach der Wahl veröffentlichen.

Krankheitsbild

Im Jahr 2000 gingen der deutschen Wirtschaft rund 430 Millionen Arbeitstage durch Krankheit verloren. Daraus entstanden volkswirtschaftliche Produktionsausfallkosten in Höhe von 60 Milliarden Euro. Zu der für Praktiker interessanten Frage, wie hoch der Anteil der Krankfeiertage anzusetzen ist, liegen keine Erkenntnisse vor.

Leerbuch-Weisheiten

Die Stärkung der Konsumnachfrage zählt zu den besonders beliebten Gewerkschafts-Argumenten zur Durchsetzung massiver Lohnforderungen. Der Bund der Steuerzahler weist jetzt darauf hin, daß eine Brutto-Lohner-

Neue war nicht interessant, und das Interessante war nicht neu.

Deutschland vorne

70 % der weltweiten Steuerliteratur befassen sich mit dem deutschen Steuerrecht. Hierzulande werden 38 verschiedene Steuerarten in über 170 Gesetzen und Verordnungen reguliert. Allein bei den zwölf wichtigsten Steuergesetzen sind 2600 Paragraphen zu beachten. Zumindest in diesem Sektor hat die Bundesrepublik also die Nase vorn. Nicht nur vor diesem Hintergrund hat der DIHK-Präsident Deutschland als "Sanierungsfall" bezeichnet.

Kanonen auf Spatzen

Die systematische Kriminalisierung kleiner Steuersünder durch den Bundesfinanzminister hat die Deutsche Steuer-Gewerkschaft kritisiert. Die Grundlage dafür schafft die zum Jahresbeginn erfolgte Einführung der "gewerbsmäßigen Steuerhinterziehung" als Vorat zur Geldwäsche. Derartige Delikte müssen jetzt durch die Staatsanwaltschaft von Amts wegen verfolgt werden. Abhören und Observation können als Fahndungsmethoden zum Einsatz kommen. Ein Jahr Freiheitsstrafe droht als Mindeststrafe. Hier wird mit Kanonen auf Spatzen geschossen. Hat dieses Land wirklich keine anderen "Reform"-Prioritäten?

Intelligenz-Knick

Eine Untersuchung der IQ-Werte dänischer Wehrpflichtiger während der letzten 40 Jahre deutet - Fachleuten zufolge - darauf hin, daß die Menschheit dümmer werde. Während die Intelligenzwerte bis 1990 kontinuierlich gestiegen seien, belege die Studie für die 90er Jahre Stagnation und seit 1999 signifikante Rückgänge. Jenseits der satirischen Betrachtung wirft diese Entwicklung auch ernsthafte Fragen auf nach Hintergülden und Ursachen.

höhung um 100 € das Unternehmen real 121 € koste, beim Empfänger aber nur zu einem (theoretischen) Nachfrage-Plus von 34 € führe. Daß die deutsche Wirtschaft international fast ausnahmslos in einem äußerst harten Preiswettbewerb steht, findet in der populistischen Diskussion kaum Beachtung.

Vertrauensschaden

Die Frühjahrsumfrage einer deutschen Sonntagszeitung hat zu bemerkenswerten Ergebnissen geführt: 96 % der Befragten sehen das gegenwärtige Hauptübel in einem Reformstau, der vorrangig auf Parteien und Gewerkschaften zurückzuführen sei. 69 % vertreten vor dem Hintergrund der unendlichen Korruptionsaffären die Auffassung, Deutschland sei "auf dem Weg zu einer Bananenrepublik". Ein erschreckender Beleg für den Verlust des Vertrauens in die politischen Institutionen.

Wende am Bau ?

In 2001 sind mit 291.100 Einheiten 16,5% weniger Wohnungen genehmigt worden als im Vorjahr. Bei Ein- und Zweifamilienhäusern lag der Rückgang sogar bei 17,2% bzw. 19%. Da kann es nicht überraschen, wenn der reale Auftragseingang im Hochbau im Januar 2002 um 17,6 % abgenommen hat. Licht am Ende des Tunnels? Das ifo-Institut erwartet erst für 2003 eine leichte Belebung im Wohnungsneubau.

Ausgabe Juni 2002

Neuer Typus

Ein erfrischend anderes Politiker-Bild verkörpert (zumindest bisher) der 66 Jahre alte Wolfgang Böhmer, der künftige Ministerpräsident von Sachsen-Anhalt. Auf die Frage, warum er als überraschend deutlicher Wahlsieger nicht mehr Jubelstimmung verbreite, stellte der langjährige Chefarzt mit Blick auf die desolate Situation des Landes fest: "Wenn Sie sich in die Hände eines Arztes begeben müssen und der Arzt würde sagen, daß er sich auf die Operation freut, wären Sie wohl auch verwundert." Weniger Berufspolitikertum und Showtalent, mehr Problemlösungskompetenz, damit wäre allgemein schon geholfen.

Chance im Herbst

Für die überfällige Sanierung Deutschlands vor allem in den Bereichen Arbeitsmarkt, So-

Zeit zum Klagen

Findige Anwälte haben drei US-Firmen "im Namen von 35 Millionen Afro-Amerikanern wegen Bereicherung durch Sklaverei" verklagt. (Am Rande bemerkt: Die Sklaverei wurde 1865 in den USA abgeschafft). Hier tut sich ein völlig neues lukratives Geschäftsfeld für unterbeschäftigte Advokaten auf. Der Chronist schlägt vor, die Rechtsnachfolger Neros wegen römischer Brandstiftung, die Epigonen Hannibals wegen elephantöser Tierquälerei und die Erben Napoleons wegen Kollateralschäden in ganz Europa zu verklagen. Ludwig Thoma hat zeitlos festgestellt: "Er war ein guter Jurist und auch sonst von mäßigem Verstand".

Ohne Vorbild

"Es gibt in Deutschland ein uneingeschränktes Bekenntnis zur Freiheit, aber wir haben nie darüber nachgedacht, was die Leute mit ihrer Freiheit anfangen". Roman Herzog profiliert sich immer stärker als ein Sprachrohr der parteiübergreifenden Klartext-Fraktion. Frei von amtlichen Beschränkungen stellt er fest: "Es gibt keine Vorbildfunktion der Politik mehr. Politiker trauen sich nicht mehr, zielgerichtet zu handeln und zu entscheiden, weil sie Kritik fürchten." Nur ein Rufer in der Wüste ?

Luftnummer

Nachdem die große Seifenblase geplatzt ist, hat der einst hochgejubelte Neue Markt nur noch mit Negativrekorden für Gesprächsstoff gesorgt. Für eine bisher einzigartige Dimension krimineller Energie steht ein Telematik-

zial-, Steuer- und Gesundheitssystem bleibt nicht mehr viel Zeit, wenn der Standort nicht noch weiter zurückfallen soll. Falls Schröder dieser ernststen Lage angemessen handeln würde, so würden ihm seine Partei und Klientel auf diesem steinigen Weg kaum folgen. Sollte Stoiber die Bundestagswahl gewinnen, unterläge auch er einem feingesponnenen Netz von Abhängigkeiten, Rücksichtnahmen und angeblichen Sachzwängen. Eine reelle Möglichkeit zur wirksamen Rundumerneuerung und Zukunftssicherung ergäbe sich wohl nur, wenn der Bayer sich auf lediglich eine Legislaturperiode einstellt, um die notwendigen unpopulären Entscheidungen ohne Rücksicht auf Wiederwahlchancen treffen zu können. Zu lange schon leidet dieses Land unter der unseligen Politmaxime, nicht das zu tun, worauf es ankommt, sondern das, was ankommt.

Gießkannen-Prinzip

Der Sprecher des SPD-Arbeitnehmerflügels kündigt für den Fall eines Wahlsiegs zusätzliche Wohltaten mit der sozialen Gießkanne an. Auf die Frage, wie dies in Zeiten klammer Kassen zu finanzieren sei, bekundet er Hoffnung auf erhöhte Steuereinnahmen durch eine von ihm erwartete konjunkturelle Belebung. Für Ideologen ist es offenbar schwer nachvollziehbar, daß ein Rennpferd mit extremer Bleilast in den Satteltaschen kaum Chancen hat, das Derby zu gewinnen.

Was der Kanzler sagt

"Deutschland ist ein guter Wirtschaftsstandort", reklamiert der Bundeskanzler nostalgisch verklärend in ganzseitigen Wahlanzeigen seiner Partei. Und allen Kritikern seiner Politik hält er drohend entgegen: "Wer unser Land schlecht redet, der schadet dem Aufschwung." Selbst der nicht gerade regierungsfeindliche "Spiegel" meint: "Von Aufbruchstimmung keine Spur." Diese Mixtur von Realitätsferne, Wunschdenken und Desinformation läßt der Hoffnung keinen Raum, daß sich unter dieser Regierung etwas ändern wird.

Ausgabe Juli 2002

Aus der Traum ?

fragt der "Spiegel" mit Blick auf die Bundestagswahl. Selbst im Anhänger- und Sympathisantenkreis der derzeitigen Regierungskoalition scheint die Hoffnung auf eine Wieder-

Anbieter, der im vergangenen Jahr statt der ausgewiesenen 93,6 Mio. EUR ganze 1,3 Mio. EUR Umsatz erzielt hat.

Ohne Abschluss

Fast jeder zehnte Jugendliche verläßt die Schule ohne Abschluss. Bei ausländischen Kindern scheidet jeder Fünfte am Hauptschulabschluss als Voraussetzung für eine qualifizierte Berufsausbildung. Wie soll der Arbeitsmarkt das, was in der Schule versäumt wird, reparieren und kompensieren?

Alles wird gut

In den letzten Monaten haben 14 DAX-Unternehmen die Entlassung von über 103.000 Mitarbeitern angekündigt. Man entzieht sich hiesigen Wettbewerbsnachteilen und bürokratischen Hemmnissen durch Personalabbau und Verlagerung ins Ausland. Diese verheerende Entwicklung wird nahezu fatalistisch von Politik und Medien hingenommen. Wo - bitte schön - sollen in Deutschland auf Sicht neue, vergleichbare Arbeitsplätze entstehen? Und was tut die Bundesregierung? Sie schaltet mit Steuermitteln Propaganda - Anzeigen mit der psychiatrischen Überschrift "Deutschland ist gut".

Panem et circenses

"Brot, Bier und Bundesliga müssen für alle bezahlbar bleiben", hat CDU/CSU-Fraktionschef Friedrich Merz vermeintlich öffentlichkeitswirksam gefordert. Der Mann hat Sorgen.

Lenker vorn

Mit einem hübschen Bild hat ein Kabarettist die Lage der Nation umschrieben: "Was macht man denn da, wenn die Staatslenker nicht lenken? Überlegen Sie mal: Sie sitzen vier Jahre lang in einem Bus, der nicht losfährt - aber der Fahrer erzählt lustige Geschichten, wie er fahren würde, wenn er fahren könnte, und wie sich der Kollege schon mal verfahren hat."

Selbsterkenntnis

Die Europäische Union hat einen bemerkenswerten Bericht zur Wettbewerbsfähigkeit vorgelegt. Danach sind die EU-Länder beim Produktivitätswachstum und bei der Entste-

wahl rapide abzukühlen. Das zentrale Wahlversprechen von 1998, mehr "Innovation und Gerechtigkeit" zu schaffen, hat sich - so der "Spiegel" - "irgendwo zwischen linker Denksstarre und technokratischer Apparatschik-Logik á la Machnig und Müntefering verflüchtigt." Der "Stern" zeigt den Kanzler auf dem Titel als "Kaiser ohne Kleider". Und Peter Struck sieht nur noch dann eine reelle Wiederwahlchance, falls sich bis zum Herbst ein deutlicher Konjunkturaufschwung abzeichnete...

Wachsende Wut

Oskar Lafontaine wittert Morgenluft. Er baut offenkundig auf eine Wahlniederlage seiner Partei in der Hoffnung, Schröder - mangels personeller Alternative - als SPD-Vorsitzenden beerben zu können. Die frühere Taktik der Nadelstiche ist einem offenen Konfrontationskurs gewichen. Davon zeugt nicht zuletzt sein neues Buch "Die Wut wächst", das strotzt vor verstaubter Ideologie und populistischem Wunschdenken. Selbst Peter Glotz spricht in einer Rezension von "schlichter Gutmenschlichkeit und vergorenem Sozialismus."

Ohne Moral

Ein "Sittenverfall", geprägt von Selbstbedienung, Korruption, Betrug und Vertragsbruch, veranlasst das "Manager-Magazin" zu der Frage, ob sich der Turbokapitalismus am Ende selbst zerstöre. Richtig ist, daß sich Salär-Manipulationen wie bei Enron, Cisco und Worldcom außerhalb jeder Vertretbarkeit bewegen. Und auch die 90%ige Anhebung der Vorstandsvergütungen bei der Deutschen Telekom liefert angesichts eines gleichzeitigen Gesamtverlustes von 4,7 Mrd. DM nicht nur Systemkritikern wohlfeile Argumente, sondern untergräbt auch die Akzeptanz der Marktwirtschaft in der breiten Bevölkerung.

Schlusslicht

Der Frühjahrsprognose der EU-Kommission zufolge bleibt Deutschland auch 2002 europäisches Schlußlicht bei Wirtschaftswachstum und Staatsdefizit. Bei dem neuen "World Competitiveness Report" des IMD (Lausanne), der anhand von 314 Kriterien die volkswirtschaftlichen Rahmenbedingungen untersucht hat, ist die Bundesrepublik gegenüber dem Vorjahr vom 11. auf den 15. Platz unter 50 Industrienationen zurückgefallen. Bei der "Effektivität der Regierungspolitik" düm-

lung neuer Arbeitsplätze weit hinter die USA zurückgefallen. Auch bei der Vernetzung von Bildung, Wissenschaft und Ökonomie gebe es im internationalen Vergleich deutliche Schwächen.

Rotgrünes Schwarzbuch

"Nahezu alle Reformmaßnahmen dieser Regierung wirken sich direkt gegen die Interessen der Unternehmen aus". Zu diesem Fazit kommt die Arbeitsgemeinschaft Selbständiger Unternehmer (ASU) in einem 52-seitigen Schwarzbuch. Hauptkritikpunkte sind dabei die ungerechte Steuerreform sowie der Problemlösungsstau bei Sozialsystem, Bürokratie und Deregulierung.

Ohne Sanierungskonzept

Das CDU/CSU-Wahlprogramm gibt wenig Anlass zur Begeisterung. Der "Weiter so" - Parole Schröders stellt Stoiber z.T. halbherzige Forderungen und softe Ankündigungen gegenüber, die vorrangig darauf ausgerichtet sind, keine Wählergruppen zu verschrecken. Auch bei der Opposition ist derzeit also noch kein schlüssiges Konzept zu erkennen, um mit überfälligen Strukturreformen den Standort Deutschland zu sanieren. Lässt sich eigentlich mit unpopulären Wahrheiten überhaupt noch eine Wahl gewinnen?

Bau-Konjunktur

Mit 5000 Betriebspleiten rechnet das deutsche Handwerk im laufenden Geschäftsjahr. Der Verlust von Arbeitsplätzen, der schon 2001 bei 200.000 gelegen habe, werde weiter zunehmen. Dass Bau und Ausbau besonders gefährdet sind, zeigt die aktuelle Bauproduktionsstatistik aus NRW: Im größten Bundesland ist die Bauleistung im März 2002 gegenüber dem Vorjahr beim Wohnungsbau um 7,8 %, beim gewerblichen und industriellen Hochbau um 8,5 % zurückgegangen.

(Technischer) Fortschritt

Einen "eindeutigen Zusammenhang zwischen Mediennutzung und der Entwicklung des kindlichen Gehirns" hat eine neue US-Studie zutage gebracht. Die Nervenzellen von Kindern, die in frühen Jahren intensiv vor TV und Computermonitor hocken, würden sich zu Lasten von Phantasie und Kreativität anders verknüpfen. Auch die sprachliche Kommunikation verkümmere vor dem Bildschirm. So sei der durchschnittliche Wortschatz eines 14-jährigen Amerikaners seit den fünfziger

pelt das frühere Wirtschaftswunderland mittlerweile auf Rang 26. Was muss noch alles geschehen, bis die deutsche Politik begreift, dass unsere sozialen Standards nur bei Verbesserung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit zu halten sind?

Ausgabe August 2002

Salami-Crash

Die tagtägliche "Handelsblatt"-Lektüre ist derzeit nur noch Lesern mit stabilen Nerven zu empfehlen. Die Schlagzeilen werden überwiegend bestimmt von Firmenpleiten, Betrügereien, Korruptionsfällen, Bilanzmanipulationen, Entlassungen, Kursverfall und Börsen-Crash. Viele Länder der dritten und vierten Welt sind de facto zahlungsunfähig. Nie zuvor in der Industriegeschichte war eine derartige Häufung von Tiefschlägen zu verkraften. Die allgemeine Verunsicherung führt weltweit zu einer gefährlichen Vertrauenskrise. Es bedarf keiner allzu großen Phantasie, sich vorzustellen, was weitere terroristische Anschläge in dieser sensiblen Phase bewirken könnten.

Deutsche Ängste

In weiten Bevölkerungskreisen macht sich Zukunftsangst breit. Die Zeiten, wo sich fast an jeder Ecke alternative Arbeitsplätze anboten, sind vorbei. Die per Streik erzwungenen, in dieser Höhe irrealen Lohnerhöhungen werden den Stellenabbau weiter beschleunigen. Erstmals seit 10 Jahren ist die Sparquote wieder gestiegen. Der Konsumverzicht trägt nicht zum vielbeschworenen konjunkturellen Aufschwung bei. Der deutsche Großhandel meldet für Mai 2002 im Vergleich zum Vorjahresmonat einen Umsatzrückgang von nominal fast 10 %. Der Einzelhandel spricht mittlerweile vom "Käuferstreik" und einer daraus resultierenden Existenzbedrohung für 150.000 Geschäfte.

Kapitalflucht ?

Das Gesamtvolumen deutscher Direktinvestitionen im Ausland hat sich seit 1998 von 283 Mrd. Euro auf 572 Mrd. in 2001 mehr als verdoppelt. Über Hintergründe, Motive und Intentionen läßt sich trefflich spekulieren: Globalisierung und/oder Kapitalflucht? Wie auch immer, der deutschen Konjunktur sind diese Rekordabflüsse nicht gerade zuträglich.

Nicht nur Emotionen

Deutschland muss sich im Zuge der EU-

Jahren von 25.000 Worten auf heute 10.000 gesunken.

Sachzwänge

Wenn es um die eigenen Mitarbeiter geht, greifen die Gewerkschaften gerne auf "kapitalistische" Strickmuster zurück. So hat der DGB in den letzten fünf Jahren fast 60 % seiner Belegschaft abgebaut. Jetzt wehrt sich der Dachverband gegen die Forderung seiner 800 Beschäftigten nach einer Gehaltserhöhung um 6 %. Die Geister, die man rief ...

Lucidum intervallum

Florian Gerster, der neue Chef der Bundesanstalt für Arbeit, nennt die Dinge beim Namen. Hauptursache der Arbeitslosigkeit sei, dass die Arbeit in Deutschland zu teuer ist. Man müsse die Arbeit folglich billiger machen. Und: Der Sozialstaat sei nur zu erhalten, wenn der Missbrauch konsequent bekämpft werde. Jetzt müssen den Worten nur noch Taten folgen.

Schlechte Noten

Zum Schlusslicht bei Wirtschaftswachstum und Produktivität sowie zum Bremser der europäischen Prosperität ist Deutschland nach Einschätzung der EU-Kommission geworden. Beanstandet werden vor allem Handlungsdefizite bei der Flexibilisierung des Arbeitsmarktes. Wörtlich kritisiert die Generaldirektion Wirtschaft und Finanzen: "Die gegenwärtige Regierung hat nicht nur die vorsichtigen Schritte ihrer Vorgängerin zurückgenommen, sondern Regelungen eingeführt, die als weitere Beschränkungen zu sehen sind."

Besserverdiener

Die 2,5 % der Bundesbürger, die ein Jahreseinkommen von 90.000 Euro (Ledige) bzw. 150.000 Euro (Verheiratete) versteuern, zahlen 28,6 % des gesamten Einkommenssteueraufkommens. Andererseits kommen die 18,3 % der Bevölkerung, die als Gering-verdiener Einkünfte bis 17.500/30.000 Euro (ledig/verheiratet) haben, nur für 1,6 % der Steuern auf. Diese

Osterweiterung in den nächsten 15 Jahren auf rund 4 Mio. Einwanderer aus Osteuropa einstellen. Der "Migrationsreport 2002" erkennt als Anreize die höheren Löhne und die sozialen Sicherungssysteme hierzulande. Die Ausländerbeauftragte der Bundesregierung sieht sich veranlasst, vor einer "Emotionalisierung der Zuwanderungsdebatte" zu warnen. Zu befürchten ist, dass die absehbaren Integrationsdefizite zu Problemen führen werden, die weit über emotionale Dimensionen hinausgehen.

Kommunale Investitionen

Einer Untersuchung des Deutschen Instituts für Urbanistik zufolge besteht bei den Gemeinden bis 2009 ein Investitionsbedarf von insgesamt 686 Mrd. Euro. Für Schulen, Krankenhäuser, Sportstätten und Kindertageseinrichtungen werden 129 Mrd. Euro veranschlagt, für Wasserversorgung, Abwasserbeseitigung und Abfallwirtschaft 125 Mrd., für den kommunalen Wohnungsbau 48 Mrd. und für die Energieversorgung 42 Mrd. Euro. Jetzt müssen nur noch die entsprechenden Steuereinnahmen gesichert werden.

Ausgabe September 2002

Wettkampf der Systeme

Während das amerikanische Bruttoinlandsprodukt zwischen 1991 und 2001 nominal um fast 140 % gestiegen ist, können die 15 EU-Staaten nur ein Wachstum von 52 % vorweisen. Lag das BIP der EU Anfang der Neunziger noch fast eine Billion Euro über dem der USA, so übertrifft die amerikanische Wirtschaftsleistung die europäische mittlerweile um mehr als 2,5 Billionen Euro. Könnte diese Entwicklung etwas mit den politisch gesetzten Rahmenbedingungen für die Unternehmen zu tun haben?

Versteuert

Der regierungsamtlich verzweifelt beschworene Aufschwung bewegt sich auf dünnstem Eis. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) erwartet für 2003 eine weitere konjunkturelle Abkühlung. Die Wirtschaftsfaute hat allein im ersten Halbjahr 2002 zu einem Rückgang der Steuereinnahmen um 5,2 % geführt, was im Vergleich zum Vorjahreszeitraum eine Deckungslücke von 10,3 Mrd. Euro bedeutet. Vor allem der Einbruch der Gewerbesteuer um 13,6 % stellt die Kommunen vielerorts vor existentielle Prob-

Fakten finden in der beliebten öffentlichen Neiddiskussion keine Berücksichtigung.

M.o.d.

Bemerkenswert ist der Ideenreichtum von Politikern, wenn es gilt, bestehende Probleme zu potenzieren und das Chaos zu vergrößern. Hilfreich wäre eine monatliche Auszeichnung mit dem Ehrentitel "Master of disaster". Ganz oben auf der aktuellen Kandidatenliste: Gysi, Künast, Riester und Möllemann.

Deutschland 2020

Interessante Perspektiven für die Entwicklung von Wirtschaft und Bevölkerung zeigt der neue Deutschland Report 2002-2020 von Prognos auf. Bis 2020 werden danach im Dienstleistungssektor 2,3 Mio. neue Arbeitsplätze entstehen, während in der Industrie 1,3 Mio. Stellen abgebaut werden. Dramatisch werde sich die demografische Entwicklung in den neuen Bundesländern zuspitzen, wo mit einem Bevölkerungsrückgang um 1,2 Mio. zu rechnen sei. Das deutsche Bruttoinlandsprodukt werde von heute knapp 2 Billionen Euro um 40% auf 2,8 Billionen Euro steigen.

Bananenrepublik?

Eine rechtsstaatlich äußerst zweifelhafte Praxis verfolgt der Bundesfinanzminister bei einnahmewirksamen Entscheidungen des Bundesfinanzhofes. So wird bei den Steuerzahler günstigen BFH-Urteilen immer öfter ein "Nichtanwendungserlass" herausgegeben, auf den sich dann die Finanzämter berufen können. Alternativ unterbleibt die Veröffentlichung missliebiger Urteile im Bundessteuerblatt, was die Verwaltung de facto vom Verzug freistellt. Ein Informationsdienst merkt an,

leme. Nur Eichel zeigt sich angestrengt optimistisch.

Weltmeister

Zumindest bei den Arbeitskosten ist Deutschland Spitze. In den alten Bundesländern waren 2001 pro Arbeitsstunde im verarbeitenden Gewerbe - inklusive Personalzusatzkosten - 26,16 Euro zu zahlen. Globale Wettbewerber wie die USA und Japan rangieren unter 23 Euro pro Stunde, Großbritannien, Frankreich, Kanada und Italien z.T. deutlich unter 20 Euro. Einer Umfrage zufolge sind zwei Drittel der Arbeitnehmer bereit, zum Erhalt ihrer Arbeitsplätze notfalls auf einen Teil der Löhne bzw. Gehälter zu verzichten. Dazu eine ver.di-Funktionärin: "Lohnverzicht schafft keine Arbeitsplätze."

Shareholder Value

Kritisch äußert sich der amerikanische Wirtschaftstheoretiker Alfred Rappaport, der als Vater des Shareholder-Value-Konzepts gilt, über die Entartungen seiner Theorie in der Praxis von US-Großkonzernen. Etwas spät fordert er: "Betrügerische Manager müssen ihre teuren Anzüge gegen Gefängniskluft tauschen." Der Kurssturz an den Aktienmärkten hat das Vermögen der US-Bürger seit 2000 um 4.500 Mrd. Dollar kannibalisiert. Auch hierzulande hat die einseitige Fixierung auf Shareholder-Value erhebliche Flurschäden verursacht. Die manische Ausrichtung auf kurzfristige Erfolgszahlen hat in zahlreichen Unternehmen die Umsetzung langfristiger Strategien verhindert.

Ausgabe Oktober 2002

Wahl der Qual

Die Kohl-Administration hat dieses Land 16 Jahre lang wirtschaftspolitisch vor sich hin dümpeln lassen. Schröder, angetreten als Sachwalter der neuen Mitte, hat es längst aufgegeben, den diversen Pressure-Groups von SPD, Grünen und Gewerkschaften nachhaltig zu widerstehen. Die letzten vier Jahre haben die Rahmenbedingungen für die mittelständischen Unternehmen drastisch verschlechtert. Vor dem Hintergrund der kritischen konjunkturellen Entwicklung haben neue Strategien zur Verbesserung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit auch arbeitsmarktpolitisch absolute Priorität. Begeisterung für politische Parteien ist kaum

diese Missachtung der Judikative durch die Exekutive erinnere an die Usancen einer Bananenrepublik.

Weiter auf Talfahrt

Im Mai 2002 ist die Hochbau-Nachfrage gegenüber dem Vorjahresmonat um 20,6% eingebrochen. Schon im Jahr 2001 lag Deutschland mit 4,1 neuen Wohnungen pro 1000 Einwohnern im Vergleich mit anderen westeuropäischen Ländern nur noch an viertletzter Stelle. Nach Erkenntnissen der 53. Euroconstruct-Konferenz, die im Juni in Dublin stattfand, wird die Anzahl der Neubau-Wohnungen in diesem Jahr um über 100.000 Einheiten auf insgesamt 1,95 Mio. Wohnungen sinken. Erst für 2003 wird eine "leichte" und für 2004 eine "spürbare" Erholung erwartet.

Verblüffend

Mit entwaffnender Logik hat der (noch) amtierende Wirtschaftsminister seinen taiwanesischen Amtskollegen verblüfft, der die deutschen Standortnachteile in Form von hohen Steuern und weit reichenden Gewerkschaftsrechten als Grund für die Verlagerung der Europa-Zentralen taiwanesischer Unternehmen aus Deutschland angesprochen hatte. Werner Müller erschütterte seinen Gesprächspartner mit dem problemlösenden Hinweis, auch deutsche Unternehmen würden zunehmend Firmenteile ins Ausland verlegen. Friedrich Nietzsche hat feinsinnig festgestellt: "Nur wenige Menschen wissen, wie viel man wissen muss, um zu wissen, wie wenig man weiss."

Wie weich?

Das Preisempfinden weitester Bevölkerungskreise spiegelt sich – seit Einführung des Euro – nicht mehr in den Verlautbarungen des Statistischen Bundesamts wider. Betrug die amtliche Inflationsrate für Juni 2002 0,8 %, so kommt ein neuer, bereinigter "Focus-Index" auf 2,5 %. Könnte es sein, dass hier hoheitlich "gestaltet" wird, um Argumente gegen den Euro als vermutete "Weichwährung" zu entkräften?

Zeitbombe Wassermangel

Die Zahl der Erdbewohner wird von derzeit 6,2 Mrd. bis 2050 auf 9,1 Mrd. wachsen. Während Europa und Japan mit den Folgen

noch zu erkennen. Für die meisten Wähler geht es offenbar nur noch um das kleinere Übel.

Roter Schatten

Ein Herr namens Stiegler versucht etwas krampfhaft, sich mit rotem Pullunder und verbalen Attacken als Hüter des verlorenen (SPD-)Schatzes zu gerieren. Journalisten, die ihre Informanten schützen wollen, bezeichnet der derzeitige Fraktionsvorsitzende als Hehler und droht mit einer Verschärfung des Presserechts. Für Wähler seiner Partei reklamiert er ganz grundsätzlich ein "sensibleres Gerechtigkeitsbewußtsein". Wenn die Sonne tief steht, werfen selbst Zwerge große Schatten.

Unter allem Niveau

Kreativität scheint in den Wahlkampfzentralen verpönt zu sein. Die plakativen Parolen lassen fast durchgängig auf einen beim Wähler vorausgesetzten Intelligenzquotienten schließen, der sich unterhalb der üblichen Zimmertemperatur bewegt. Das einzige, was so wirksam aktiviert wird, sind Wahlmüdigkeit und Wahlverweigerung.

Deutschland im Herbst

Einer Emnid-Befragung zufolge ist jeder zweite Deutsche der Meinung, dass das Land derzeit die tiefste Wirtschaftskrise seit Ende des zweiten Weltkriegs erlebt. Der ifo-Geschäftsklima-Index ist im August zum dritten Mal in Folge gesunken. Die öffentliche Neuverschuldung lag im ersten Halbjahr 2002 mit 3,7 % des BIP deutlich über der EU-Stabilitätsmarke. Erstmals seit 8 Jahren ist das Investitionsvolumen der deutschen Industrie rückläufig. Der anhaltende Salami-Crash der Börsen, die Euro-Aufwertung, der steigende Ölpreis, der drohende Irak-Krieg und die Furcht vor weiteren terroristischen Anschlägen schaffen ein kontraproduktives Klima der Verunsicherung.

Medienmacht

Bemerkenswert ist ein neues Buch ("Der Genossen-Konzern") über die im Verborgenen blühenden Medienbeteiligungen der SPD, das ein für Nichteingeweihte erstaunliches Beziehungsgeflecht offenbart. Dass man mit dem Erreichten noch längst nicht zufrieden ist, zeigt ganz aktuell der von Bodo Hombach gesteuerte Versuch der WAZ-Gruppe, durch die Übernahme der Kirch-Anteile Einfluss auf die als nicht willfährig empfundene Springer-

einer fortschreitenden Überalterung zu kämpfen haben, wächst die Bevölkerung in den Entwicklungsländern sprunghaft weiter. Vorprogrammiert ist eine neue Dimension der Verteilungskämpfe bei Nahrung und Wasser. Schon heute haben 1,4 Mrd. Menschen keinen Zugang zu sauberem Trinkwasser. Fachleuten zufolge wird diese Zahl in den nächsten 15 Jahren auf 3 Mrd. ansteigen. Hoffen lässt dagegen folgende Zahl: Allein in den 90-er Jahren erhielten 835 Mio. Menschen in den Entwicklungsländern erstmalig Zugang zu besserem Trinkwasser und zu sanitären Einrichtungen.

Kein Licht im Tunnel

"Im freien Fall" befindet sich der Wohnungsbau nach Meinung des Hauptverbandes der Deutschen Bauindustrie. Die für alle Baubereiche geltende Jahresprognose wurde jetzt von minus 2,5 % auf minus 5 % nach unten korrigiert. Wohin der Wind weht, zeigt die Zahl der Wohnungsbaugenehmigungen, die im ersten Halbjahr 2002 um 9,1 % gegenüber dem Vorjahreszeitraum eingebrochen ist. Bei Eigentumswohnungen wird sogar ein Rückgang um 25,9 % gemeldet.

Placebo-Politik

"Politiker nutzen die mangelnde Kenntnis der Bürger von wirtschaftlichen, sozial- und finanzpolitischen Zusammenhängen, um sich vor notwendigen, harten Entscheidungen zu drücken", merkt Hans-Olaf Henkel an. Ursächlich für den ausgefeierten Populismus sei auch die Tatsache, dass es in Deutschland durchschnittlich alle 80 Tage eine Wahl gebe. Was manchem noch als demokratisches Korrektiv sinnvoll erscheint, entpuppt sich de facto als Motor der Stagnation und Reformverweigerung.

Presse zu nehmen.

Ausgabe November 2002

Qualen nach Wahlen

Nie zuvor hat eine Bundesregierung so bedenkenlos mit Nöten und Ängsten der Bevölkerung hantiert, um das Ziel der Wiederwahl zu erreichen. Und nie zuvor wurde dem Wahlvolk so schnell die Rechnung in Form drohender finanzieller Grausamkeiten präsentiert. Keine Rede mehr von "neuer Mitte". Kühle Machterhaltung wird zum Ersatz für dringendst erforderliche Strukturreformen. Momentan sieht alles danach aus, dass Deutschland weitere vier Jahre als Sanierungsfall vor sich hin dümpeln wird. Die Auswirkungen auf Wirtschaft, Arbeitsmarkt und Sozialsystem sind nicht absehbar.

Halbwegs klug

Einer von einem CDU-Spitzenpolitiker überlieferten Anekdote zufolge soll der Wahlkampfberater Spreng noch im Sommer seinem Chef erklärt haben, dass alle halbwegs klugen Menschen ihn wählen würden. Darauf Stoiber: "Das reicht nicht. Ich brauche die Mehrheit."

Einbahnstrasse

Einen merkwürdigen Widerspruch hat Rot-Grün zum Erfolgsrezept der Wahl gemacht. Bei den Methoden hat es sich um den amerikanischen Wahlkampf aller Zeiten gehandelt, bei den Inhalten um den anti-amerikanischen. Die "uneingeschränkte Solidarität" wurde ganz bewusst wahltaktischem Kalkül geopfert. Die politischen und wirtschaftlichen Flurschäden sind nicht abzusehen. Wie wird sich die einzig verbliebene Supermacht, ohne die es kein freies und wohlhabendes Deutschland gäbe, verhalten, falls die Bundesrepublik demnächst einmal auf praktizierte Loyalität angewiesen sein sollte?

Schönwetterwährung

Die Lockerung der Stabilitätsziele durch die EU-Kommission trägt dazu bei, das fragile Vertrauensfundament des Euro weiter zu schwächen. Neuverschuldung wird zum vermeintlichen Allheilmittel. Milton Friedman, amerikanischer Wirtschafts-Nobelpreis-träger, hat kürzlich prognostiziert: "Euroland bricht in fünf bis 15 Jahren auseinander. Die Menschen sprechen verschiedene Sprachen und

Gordischer Knoten

156 Milliarden Euro wurden hierzulande im Jahr 2001 als Subventionen vergeben. Dies entspricht 7,5 % des BIP oder 35 % des gesamten Steueraufkommens. Dazu ein (theoretischer) Hinweis: Ohne Subventionen könnte der Einkommenssteuersatz um fast zwei Drittel gesenkt werden. Doch kein Politiker, der wiedergewählt werden will, wird die Kraft aufbringen, diesen gordischen Knoten zu durchschlagen.

Geschönt

Im September 2002 gab es nominal über 52.000 mehr Arbeitslose als vor vier Jahren. Bei Berücksichtigung der arbeitsmarktstatistischen Manipulationen stellt sich die Bilanz noch schlechter dar: So wurden über 450.000 Arbeitslose aus der Statistik genommen. Geschönt würde auch die Zahl der Erwerbstätigen durch Einbeziehung der 325-Euro-Kräfte. Öffentlichkeitswirksame Initiativen wie bei Mobilcom stehen symbolisch für eine Arbeitsmarktpolitik, die auf kurzfristige Propaganda-Effekte setzt statt auf langfristige Sanierung.

Motivation

69 % aller deutschen Arbeitnehmer machen – einer neuen Studie zufolge – nur Dienst nach Vorschrift. 16% haben bereits innerlich gekündigt. Der deutschen Wirtschaft entstehen dadurch angeblich Schäden von 220 Milliarden Euro jährlich. Bleibt die Frage, ob Motivation allein eine Bringschuld der Arbeitgeber ist.

Lachende Erben?

Bis 2010 werden 15 Millionen deutsche Privathaushalte insgesamt 2 Billionen Euro erben. Im Schnitt macht das 133.000 Euro pro Familie aus. Jeder zehnte Haushalt darf mit mehr als 266.000 Euro rechnen. Gibt es eigentlich eine moralische Legitimation zur Erhöhung der Erbschaftssteuer?

Marketing vorn?

Was kann der Mittelstand trotz widriger Rahmenbedingungen für die Zukunftssicherung tun? Bei einer Umfrage unter Firmenchefs stehen Marketing-Investitionen mit Abstand ganz oben, gefolgt von Rationalisierung, Ver-

haben unterschiedliche Kulturen. Und die Mitgliedsländer reagieren zu unterschiedlich auf ökonomische Einflüsse von außen. Deshalb ist etwa die für Irland richtige Geldpolitik der Europäischen Zentralbank für Deutschland völlig ungeeignet."

Wertberichtigung

Die Verschuldungslage der dritten und vierten Welt spitzt sich weiter zu. Der IWF versucht, mit neuen Rekordkrediten Flächenbrände in Brasilien und Argentinien einzudämmen. Erstmals denkt man über internationale Insolvenzverfahren für zahlungsunfähige Länder nach. Argentinien droht damit, seinen Verpflichtungen nicht mehr nachzukommen. Welche Kettenreaktionen würden normal gehandhabte Wertberichtigungen im globalen Bankensystem auslösen?

Ausgabe Dezember 2002

(Zweiter) Fehlstart

Der Koalitionsvertrag der alt-neuen Bundesregierung ist von volkswirtschaftlicher Inkompetenz, konzeptionslosem Aktionismus und ideologisch bestimmter Naivität geprägt. Nicht nur bei Unternehmern und Managern hat sich der Eindruck verfestigt: Denn sie wissen nicht, was sie tun. 58 % der Bundesbürger bezeichnen das Geschehen als Wahlbetrug. Resignation und Depression liegen wie Mehltau über dem Mittelstand. Die Partei Willy Brandts, die in den siebziger Jahren mehr Demokratie wagen wollte, sorgt jetzt für neue Dimensionen der Politikverdrossenheit. Absurde Rabulistik will Steuererhöhungen als Sparmaßnahmen verkaufen. Das Vertrauen der Bürger in das Prinzip Demokratie nimmt schweren Schaden. Für die Folgen der jetzt fahrlässig verursachten wirtschaftlichen Flurschäden wird das Land bitter bezahlen müssen.

Demotiviert

Die öffentliche Resonanz auf das neue Regierungsprogramm ist verheerend. Gleichwohl geht man mit einer merkwürdigen Lethargie zur Tagesordnung über. Zu den wenigen Klartext-Stimmen zählt das Magazin "Max", das unter der Überschrift "Willkommen im Schurkenstaat" feststellt: "Wir leben in der Diktatur eines Beamtenstaates, der nicht wirtschaften kann und sich seine Fehler immer dreister von uns finanzieren läßt. Die Hilflosigkeit gegenüber der Arroganz der Macht

triebsausbau und Produktinnovation.

Kreuzritter

Joschka Fischer hat den Bürgern beim Wahlkampf in schöner Offenheit erklärt: "Sie machen am 22. September Ihr Kreuz, das Sie dann vier Jahre zu tragen haben." Wo er Recht hat, hat er Recht.

Giftliste

Die Zangenbewegung von regierungsamtlicher "Giftliste" und konjunkturellen Nöten stellt kleine und mittlere Unternehmer vor schwerwiegende Existenzfragen. Im kleinen Kreis wird immer öfter vom "Schlüssel ´rumdrehen" oder Verkauf gesprochen. Doch auch die private Altersvorsorge gerät in Gefahr. Wer bisher vom nach 10 Jahren steuerfreien Verkauf seines als Geldanlage angeschafften Mehrfamilienhauses ausgegangen ist, sieht seine Zukunftspläne jetzt durchkreuzt. Allgemeine Rechtsgrundsätze wie Rückwirkungsverbot und Vertrauensschutz scheinen keine Rolle mehr zu spielen.

Verschwendung

30 Mrd. Euro, also 713 Euro pro Steuerzahler, werden hierzulande jährlich durch die öffentliche Hand vergeudet. Im neuen Koalitionsvertrag findet sich erstaunlicherweise kein Wort zur überfälligen Eindämmung dieser gigantischen Verschwendung.

Insolvenz-Rekord

Im ersten Halbjahr 2002 mussten 18.500 Unternehmen Insolvenz anmelden, was zum Verlust von 134.000 Arbeitsplätzen geführt hat. Der damit verbundene Schaden belief sich auf 24 Mrd. Euro. Dies bedeutet gegenüber dem Vorjahreszeitraum einen Anstieg um mehr als zwei Drittel.

Wenig Vertrauen

bleibt im kollektiven Bewußtsein haften. Der Koalitionsvertrag dieser Regierung ist das erste staatlich legitimierte Demotivierungsprogramm einer Nation."

Nabelschau

Nie zuvor hat eine neue Bundesregierung der Opposition so viele Steilvorlagen geliefert. Aber: Union und FDP halten sich – um im fußballerischen Bild zu bleiben – noch in der Kabine auf, um sich mit innerfraktionellem Postengeschachere bzw. neuen Spenden-skandalen zu befassen. Müde parlamentarische Rituale statt sachlicher Gegenoffensive, der Bürger sieht's und wendet sich mit Grausen.

Miesmacherei

"Zuversicht statt Miesmacherei" fordert der neue "Super-Minister". Außerdem verlangt Clement, nach dessen Einschätzung "die wahre Lage dramatischer ist als die veröffentlichte Lage", von den Unternehmen verstärkte Anstrengungen zur Bereitstellung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen. Dabei soll aparterweise eine "Roadshow" der Bundesregierung helfen. Ist es nur ein Zeichen fortgeschrittenen Realitätsverlustes, wenn diejenigen, die jetzt die Belastbarkeit der Wirtschaft erneut testen, die Betroffenen zu Schuldigen machen wollen?

Einer Forsa-Umfrage zufolge wünschen sich 61% der Deutschen die D-Mark zurück. Im Osten sind es sogar 68%. 95% meinen, dass Waren und Dienstleistungen durch den Euro teurer geworden seien.

Rückbesinnung

Der Chefredakteur der "Wirtschaftswoche" hat die Sozialdemokratie aufgerufen, sich auf ihre Wurzeln zu besinnen: "Den Leistungswilligen und –fähigen den Weg frei machen und ihnen ihren gerechten Lohn verschaffen; Gerechtigkeit nicht mehr statisch interpretieren, als Schutz der Schwachen, vom Schicksal Benachteiligten und unverschuldet zu kurz Gekommenen, sondern dynamisch, als Chancengerechtigkeit, also gleiche Bildungs- und Aufstiegschancen für alle ohne Ansehen der Person und endlich die Konsequenzen daraus ziehen, dass ein Sozialstaat, der Leistung bestraft, gerade Arbeitern gegenüber ungerecht und damit eine Perversion der sozialdemokratischen Idee ist."

Glaubenssache

Einem Kabarettisten zufolge hat Schröder folgende Leitlinien für die Regierungsarbeit heraus gegeben: "Wir glauben nur, was wir wissen wollen, aber wir wissen nur, was wir glauben. Was wir nicht glauben können, das wollen wir auch nicht wissen, und was wir wissen, das glaubt uns doch keiner!"